

ffig
ffig
te
Eindhoven
uer
uer
ke
te
Köln a. Rh.
0
b Militär-
Calw
5. Januar
rein Calw
Hofes-
Feier
elle Calw
Theater-
Deffauer
mit ihren
licht einge-
und Nicht-
er Aussch.
Ortsgruppe
Calw.
Militär-Verein Calw
er am 5. Januar,
Hof stattfindenden
Feier
igung bittet
nde.
morgen
Suppe
Luz
Wirtschaft
Eine kleine
Zimmer-
Wohnung
2 Personen im Bezirk
alm, (Leinach oder Al-
ngstett bevorzugt) gesucht
Angebote erbeten an die
Geschäftsstelle des. Bl. unter
A. 2.

Ercheinungsweise:
Täglich mit Ausnahme
der Sonn- und Festtage

Anzeigenpreis:
a) im Anzeigentell:
die Zeile 20 Goldpfennige
b) im Reklametell:
die Zeile 65 Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen
kommen 50% Zuschlag

Für Platzvorschriften
kann keine Gewähr
übernommen werden

Gerechtfertigt
für beide Teile ist Calw



Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw

Bezugspreis:
In der Stadt 40 Goldpfennige
wöchentlich mit Trägerlohn
Post-Bezugspreis 40 Gold-
pfennige ohne Bestellgeld

Schluss der Anzeigen-
annahme 8 Uhr vormittags

In Fällen höherer Jeweils
belleht kein Anspruch auf Lieferung
der Zeitung oder auf Rückzahlung
des Bezugspreises

Sprechstunde Nr. 9

Verantwortl. Schriftleitung:
Friedrich Hans Scheele
Druck und Verlag
der A. Oelshäger'schen
Buchdruckerei

Nr. 4

Dienstag, den 7. Januar 1930

Jahrgang 102

Die Arbeiten der Haager Konferenz

Um die Fälligkeit der deutschen Zahlungen — Die umstrittene Sanktionsfrage

U. Haag, 7. Januar. Während man sich am Samstag noch mit den Arbeitsmethoden der Konferenz befaßte, war der Montag bereits mit sachlichen Verhandlungen der Sechsmächtevertreter ausgefüllt. Man steht jetzt mitten in den Schwierigkeiten. Die Aufstellung der Liste der noch offenen reparationspolitischen Streitfragen hat eine Reihe äußerst schwieriger Fragen erbracht, von denen fast ausschließlich die Frage des Zahlungsstermins der deutschen Monatszahlungen nach dem Youngplan behandelt worden ist, ohne daß eine Einigung zustande kam. Man sah sich daher gezwungen, die Sachverständigen der Pariser Konferenz anzuhören. Deutscherseits hat man sich an Dr. Schacht und Geheimrat A. St. gewandt.

Nach von Dr. Curtius gemachten Mitteilungen handelt es sich bei dieser Streitfrage um eine Mehrleistung von 4 bis 5 Millionen Reichsmark jährlich, im Falle der gesamten Young-Annullitäten um eine Mehraufwendung von ca. 80 Millionen Reichsmark.

Die Sanktionsfrage ist nach längeren Besprechungen am Sonntag gestern nicht mehr behandelt worden, da man das Eintreffen eines in Aussicht gestellten französischen Notenentwurfs zur endgültigen Regelung der Sanktionsfrage erwartet. Noch immer besteht wenig Klarheit darüber, welche Vorschläge von der Gegenseite vorgelegt werden. Auf englischer Seite liegt offensichtlich die Tendenz vor, militärische Sanktionen nicht mitzumachen, dagegen das Schwergewicht auf politische und wirtschaftliche Sanktionen zu verlegen. Die Alliierten haben am Montag über diese Frage unter sich verhandelt, um einen übereinstimmenden Text für den Notenentwurf herzustellen, der im Laufe des heutigen Dienstag überreicht werden soll. Von alliierter Seite wurde ausdrücklich festgestellt, daß der englische Staatskanzler Erondin zwar militärische Sanktionen ablehne, jedoch die Forderung auf eine Einführung wirtschaftlicher und politischer Sanktionen in den Youngplan aufrechterhalte, wobei der französische Standpunkt durch England unterstützt werde.

Parallel mit der deutschen Reparationsfrage sind unabhängig von dieser im Verlauf des Montag eingehend die Ostreparationsfragen behandelt worden. Die österreichische

Reparationsfrage dürfte in der Weise entschieden werden, daß Österreich jedenfalls keine Reparationszahlungen zu leisten hat. In der ungarischen Reparationsfrage ist noch kein Fortschritt erzielt worden.

Die Haager Konferenz wird aller Voraussicht nach — falls keine Ueberraschungen eintreten — in dem gegenwärtigen Tempo bis Ende der Woche weiter andauern. Mit großer Spannung sieht man dann dem Zusammentritt des Baden-Padener Ausschusses für die V. J. J. entgegen, an dem bekanntlich auch Amerika teilnehmen wird und zu dem Dr. Schacht aus Berlin eintritt. Ob der Stand der Verhandlungen dann Dr. Curtius und Briand — wie zurzeit erwartet wird — gestattet wird, der Genfer Ratssitzung beizuwohnen, ist eine offene Frage.

Die Stimmung ist auf französischer Seite außerordentlich optimistisch. Die französische Presse bietet die bekannte Hilfsleistung. Auf deutscher Seite ist man sich der außerordentlichen Schwierigkeiten bewußt, die zum großen Teil auf die Beschlüsse der ersten Haager Konferenz zurückzuführen. In den Hauptfragen befindet sich die deutsche Regierung infolge der bereits vorliegenden Abmachungen in einer Zwangslage, die ihre Bewegungsfreiheit wesentlich einschränkt. Die Hauptbelastungsprobe der Konferenz wird ohne Zweifel die Regelung der Sanktionsfrage bilden. Ob überhaupt auf dieser Konferenz über die Saarffrage verhandelt werden wird, ist zurzeit noch unklar. Anhaltspunkte liegen hierfür noch nicht vor, da scheinbar auf keiner Seite die Neigung besteht, die Saarffrage, deren grundsätzliche Klärung zwischen den Außenministern dringlich erforderlich wäre, in Angriff zu nehmen.

Zukunftsfragen des Youngplanes auch ohne Regelung der Ostreparationsfrage.

Wie die amtliche Agentur Belga aus Brüssel mitteilt, haben die Gläubigerstaaten und Deutschland gemeinsam beschlossen, sich durch den Widerstand, den die Regelung der Ostreparationsfragen bei einer Reihe von kleinen Staaten findet, nicht in ihrem Arbeiten aufhalten zu lassen. Der Youngplan wird in Kraft treten, sobald er von den Hauptmächten ratifiziert ist.

Tages-Spiegel

Im Haag haben gestern die Vertreter der sechs Hauptmächte mit der Besprechung der offenen Fragen begonnen.

Ueber die Frage der deutschen Monatszahlungsstermine nach dem Youngplan konnte im Haag eine Einigung vorzeitig erzielt werden.

Die Sanktionsfrage dürfte morgen in Angriff genommen werden. Man erwartet hierzu eine französische Note, in der eine Beibehaltung von Sanktionen geordert werden soll. Auch England ist nicht abgeneigt, die Möglichkeit wirtschaftlicher Sanktionen fortbestehen zu lassen.

Das deutsch-amerikanische Sonderabkommen über die Reparationszahlungen an die Vereinigten Staaten ist jetzt veröffentlicht worden.

Gestern trat im internationalen Arbeitsamt in Genf die vorbereitende Konferenz zusammen. Vertreten sind Deutschland, Österreich, Frankreich, England, Belgien, Holland, Spanien, die Tschechoslowakei und Polen.

Der chinesische Finanzminister hat der chinesischen Regierung einen Entwurf übermittelt, der die Einführung einer neuen chinesischen Goldwährung zum 1. Juli 1930 vorsieht.

In den Zeißwerke in Rehl a. Rh. ereignete sich gestern eine Explosion, die 2 Tode, 50 Verletzte, drei Angehörige des Betriebes wurden schwer verletzt.

Das deutsch-amerikanische Sonderabkommen

Eine auf Vertrauen begründete Abmachung

U. Berlin, 7. Januar. Ueber den Inhalt des deutsch-amerikanischen Schuldenabkommens, über das am 28. Dezember zwischen den Unterhändlern eine Einigung zustande gekommen ist, werden folgende Einzelheiten gemeldet:

Das Abkommen hat den Zweck, für die im Youngplan für die Vereinigten Staaten vorgesehenen Annuitätenanteile eine Zahlungsmethode festzusetzen, die von den Vorschlägen des Youngplanes abweicht. Die Zahlungen, die direkt von Deutschland an die Vereinigten Staaten gerichtet werden sollen, sind zur Befriedigung von zwei Klassen von Forderungen bestimmt, nämlich:

Für die Entschädigungsansprüche des amerikanischen Staates und amerikanischer Bürger für die mit dem Kriege zusammenhängenden Schäden, wie sie von dem dafür eingesetzten deutsch-amerikanischen gemischten Ausschuss festgestellt worden sind und noch festgestellt werden sollen, von 1910 bis 1921 jährlich 40,8 Millionen Rm. Die Befriedigung dieser Entschädigungsansprüche ist bekanntlich auf Grund der amerikanischen Gesetzgebung in gewisser Weise verknüpft mit der Freigabe des Restes des noch von den Vereinigten Staaten beschlagnahmt gehaltenen deutschen Eigentums und der Entschädigung für die während des Krieges vorgenommenen deutschen Schiffe. Für die Befriedigung dieser Ansprüche wurde schon bisher der Anteil von 2% Prozent an den deutschen Reparationszahlungen verwendet. Für den Fall, daß zur Abdeckung der Gesamtsumme nicht alle in dem Abkommen vorgesehenen deutschen Zahlungen notwendig sind, bestimmt das Abkommen, daß diese deutschen Zahlungen aufhören, sobald die Gesamtsumme abgedeckt ist.

Eine zweite Reihe von deutschen Zahlungen dient der Erstattung der rückständigen Kosten für die amerikanische Besatzung im Rheinland. Hierfür erhielten die Vereinigten Staaten bisher aus den deutschen Darlehenszahlungen vorweg jährlich 45 Millionen Rm. Nach dem Abkommen sollen sie von 1930 bis 1966 jährliche Zahlungen erhalten, deren Höhe sich zwischen 16,4 und 27,8 Millionen Rm. bewegt.

Die Jahreszahlungen auf beide Forderungen werden in zwei Raten jeweils auf den 31. März und den 30. September verlegt. Für jede Rate gibt Deutschland den Vereinigten Staaten eine von der Reichsschuldenverwaltung unterschriebene Schuldverschreibung, die unverzinslich sind, außer im Falle eines Zahlungsausfalles, und von den Vereinigten Staaten nicht mobilisiert werden.

Deutschland kann nach seinem Verlehen durch Mitteilung an die Vereinigten Staaten mindestens 30 Tage vor dem Fälligkeitstermin jede Zahlung auf mindestens 2% Jahre ausfallen lassen.

Spätere Zahlungen über den Stundungstermin hinaus jedoch nur dann, wenn die vorher gestundeten Zahlungen inzwischen erfolgt sind. Während der Stundungszeit sind die Zahlungen auf die Entschädigungsansprüche mit 5 Prozent, die Zahlungen auf die Besatzungskostenforderungen mit 3% Prozent zu verzinsen.

Besondere Sicherheiten oder Garantien für die Erfüllung der Zahlungen nehmen die Vereinigten Staaten nicht in Anspruch. Das Abkommen enthält in dieser Beziehung folgende Bestimmung: „Die Vereinigten Staaten stimmen hiermit zu, Deutschlands Treue und Glauben und Kredit als einzige Sicherheit und Garantie für die Erfüllung seiner Verpflichtungen gemäß diesem Abkommen anzunehmen.“ In einem Notenwechsel, der bei Unterzeichnung dieses Abkommens zwischen beiden Regierungen ausgetauscht werden soll, wird diese Bestimmung dahin erläutert, daß Deutschland mit Beziehung auf diese Erklärung der Vereinigten Staaten in derselben Lage sein wird, wie die Hauptgläubiger der Vereinigten Staaten gemäß den Schuldenrückzahlungsabkommen, welche zwischen ihnen und den Vereinigten Staaten bestehen.

Das Abkommen lehnt sich in seiner Form an die Abkommen an, wie sie von den Regierungen anderer Länder mit den Vereinigten Staaten abgeschlossen worden sind zur Regelung ihrer Schulden aus dem Weltkrieg. Deutscherseits ist beabsichtigt, das Abkommen gleichzeitig mit dem Youngplan zu ratifizieren, mit dem es zusammen dem Reichstag vorgelegt werden soll. Mit der Unterzeichnung durch den deutschen Vorkaufster in Washington wird dann das Abkommen für beide Staaten wirksam werden.

Beschleunigte Fertigstellung des Reichshaushalts

U. Berlin, 7. Januar. Wie das Berliner Tageblatt hört, soll der Reichskanzler den einzelnen Ministerien den Wunsch haben mitteilen lassen, die Haushaltspläne so zeitig wie möglich fertigzustellen, damit der normale Termin (31. März) für die parlamentarische Verabschiedung des Reichshaushalts eingehalten werden könne. Der Staatssekretär im Reichsfinanzministerium, Dr. Schäffer, sei daher entgegen den unkonventionellen Absichten nach dem Haag zu fahren, in Berlin

geblieben, um mit den einzelnen Ministerien verhandeln zu können. Der Reichshaushalt soll Ende Januar im Reichskabinett verabschiedet werden, im Februar dem Reichstag zugehen und im gleichen Monat noch und dann den ganzen März hindurch vom Reichstag beraten werden.

Um das deutsch-polnische Liquidationsabkommen.

U. Haag, 7. Jan. Zu dem in der deutschen Delegation seit viel erörterten deutsch-polnischen Liquidationsabkommen wird von deutscher zutändiger Seite mitgeteilt, daß das deutsch-polnische Liquidationsabkommen im Reichstag zu einer vom Youngplan getrennten Abstimmung vorgelegt werden wird. Die Möglichkeit der Verbesserung des Abkommens wird nicht in dem auf der Haager Konferenz niedergelegten Hauptabkommen, sondern bei dem Abkommen über das Wiederkaufsrecht gesucht. Man will auf deutscher Seite nunmehr in allen weiteren Verhandlungen versuchen, die bestehenden Lücken auszufüllen und das Abkommen in einigen Punkten zu verbessern.

Un'aire Verhandlungsmethoden.

In der Streitfrage der „Sanktionen“ schreibt die „D.Z.“: „Unsere Gegner unternehmen den Versuch, aus dem negativen Vordruck, das sie besitzen, ein positives zu machen und z. B. dem Sonderauschuss, dessen rein beratender Charakter feststeht, weitgehende Befugnisse der Ueberwachung, Nachprüfung und des aktiven Eingreifens in die deutsche Finanzwirtschaft zu geben. Sie greifen damit das zweite Hauptargument für eine Erwägung des Youngplans durch Deutschland im innersten Kern an, daß nämlich durch die Neuregelung die eines großen Volkes unwürdig ge ausländische Kontrolle über seine Wirtschaft befestigt werden soll. Man soll mit harten Worten spiarium sein, denn es ist nicht der erste und nicht der letzte Ueberfall, der uns hier bedroht. Aber von seiner Verhandlungsmethode ist dieses Verhalten offenbar weit entfernt, und der Versuch, es mit dem Volksgehören oder gar mit dem Memorandum des Reichskanzlerspräsidenten zu begründen, schlägt völlig fehl.“ — Die „Germania“ sagt: „Der Kampf wird hart werden, denn in diesem einen Punkt kann und wird die deutsche Delegation keinen Schritt zurückweichen, ohne den Youngplan zu einem Siegerinstrument zu degradieren.“ — Der „Vorwärts“ weist darauf hin, daß, wenn Deutschland z. B. eine Aulche auf die Einnahmen aus den Tabaksteuern gründen wollte, dieses Vordruck nicht die erste Stelle einnehmen würde, sondern daß die Gläubiger die erste Hypothek auf die Tabaksteuer-einnahmen behielten.

Abtransport der Rußland-Auswanderer nach Amerika

U. Berlin, 7. Januar. Wie von zutändiger Stelle mitgeteilt wird, wird mit dem Abtransport der in Wlka und Prenzlan untergebrachten deutschstämmigen Bauern aus Rußland nach Brasilien und Kanada in der übernächsten Woche begonnen. Verschiedene brasilianische Bundesstaaten haben sich bereits mit der Uebernahme der Bauern einverstanden erklärt. Die Ueberfahrt wird zum Teil von der deutschen Regierung bevoorschusst, zum Teil wird sie von verschiedenen religiösen Vereinigungen, z. B. von den Mennoniten, beabsichtigt werden.

Ratstagung und Haager Konferenz

U. Haag, 6. Jan. Die Verhandlungen der zweiten Haager Konferenz werden auf Grund der Vorbesprechungen voraussichtlich bis zum 17. Januar, d. h. ohne Rücksicht auf den Zusammentritt des Völkerbundesrates, dauern. Es scheint jedoch möglich, daß Reichsaußenminister Dr. Curtius und auch Briand zu der Eröffnung des Völkerbundesrates am 13. Januar auf 2-3 Tage nach Genf reisen und dann nach dem Haag zurückkehren. Wie verlautet, hegt Dr. Curtius den Wunsch, Deutschland im Völkerbundesrat wenigstens in den ersten Tagen zu vertreten, um hierbei mit dem polnischen Außenminister Jaleski zusammenzutreffen, der an der Haager Konferenz nicht teilnimmt, jedoch Präsident des Völkerbundesrates ist. Die Entscheidung über die Teilnahme von Dr. Curtius an der Ratstagung wird von dem weiteren Verlauf der Tagung der Haager Konferenz abhängen.

Schacht kommt doch nach dem Haag.

Wie in Paris unterstrichen wird, wird Dr. Schacht im Zusammenhang mit der neuen Zusammenkunft des Organisationsausschusses der V. V. B. im Haag wieder seinen Platz als deutscher Vertreter im Organisationsausschuß einnehmen.

Das deutsch-polnische Abkommen

U. Berlin, 6. Januar. Zur Niederlegung des deutsch-polnischen Abkommens auf den Konferenztag im Haag nimmt der Sonderberichterstatter der „D.A.Z.“ in sehr scharfer Weise Stellung. Nach dem Hinweis auf die Zurückweisung

der polnischen Auffassung über das Abkommen durch den Reichsaußenminister Curtius schreibt das Blatt:

Was wolle aber diese gewiß erfreuliche juristische Richtigstellung gegenüber der Tatsache bedeuten, daß hiernach die deutsche Staatsleitung in der Tat diesen Polenvertrag in eine absolute politische Verbindung mit dem Youngplan gebracht habe, eine Tatsache, über die das deutsche Volk und der Reichstag bis zur Stunde vollkommen im Unklaren gelassen worden seien. Es sei also eine glatte Unmöglichkeit, noch irgendeine Verbesserung in dem deutsch-polnischen Abkommen zu erzielen. Die Geheimdiplomatie sei soweit getrieben worden, daß man den Deutschen Reichstag trotz aller lebhaft genug zum Ausdruck gebrachten Bedenken auch der Regierungsparteien einfach vor vollendete Tatsachen gestellt habe. Gerade derjenige Politiker, der der jetzigen Reichsregierung mit Skepsis und Kritik gegenüberstehe, hätte es vorgezogen, nicht schon am ersten Tag der Konferenz von einem Vorgang berichten zu müssen, der in weitesten Kreisen der Öffentlichkeit und des Reichstages stürmischen Widerspruch hervorzurufen müsse. Aber es handle sich um ein so schwerwiegendes Präjudiz für den ganzen weiteren Verlauf der Haager Konferenz, daß man vergebens nach einer Erklärung für das politische Verhalten der verantwortlichen deutschen Stellen suche. In keinem anderen parlamentarisch regierten Land der Welt wäre eine solche brutale Vergewaltigung des Volkes durch seine Regierung möglich.

Auch die „Deutsche Tageszeitung“ weist darauf hin, daß mit diesem Vorgang jede Möglichkeit zur Abänderung des Abkommens genommen sei. Jetzt sei auch erwiesen, welches Interesse Polen in Wahrheit an diesem deutsch-polnischen Liquidationsvertrag habe.

Änderung der Landessteuerordnung und des Gemeinde-Steuergesetzes.

Der Württ. Landtag hat am 5. Juli 1929 anlässlich der Beratung des Staatshaushaltsplans für 1930 beschlossen, das Staatsministerium zu ersuchen, dem Landtag rechtzeitig vor dem 1. April 1930 Maßnahmen vorzuschlagen, wodurch die weit über den Durchschnitt hinausgehenden Umlagen der Leistungsschwachen Gemeinden herabgesetzt werden. Gleichzeitig mit dem Entwurf des Gesetzes zur Feststellung des Staatshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1930 geht daher dem Landtag ein Gesetzentwurf zur Änderung der obengenannten Gesetze zu. Der Entwurf sieht in seinem 1. Teil eine andere Verteilung der den Gemeinden zukommenden Anteile an der Einkommen-, Körperschafts- und Umsatzsteuer vor. Diese Steuern wurden seitlich in Württemberg im wesentlichen nach Maßgabe des örtlichen Aufkommens den einzelnen Gemeinden zugewiesen. Künftig sollen die Anteile mehr unter Berücksichtigung des dringenden unvermeidlichen Bedarfs der Gemeinden ausgeteilt werden, wie dies in anderen Ländern zum Teil in noch weitergehendem Maß schon der Fall ist. Als geeigneter Maßstab für die Austeilung erscheint neben der Einwohnerzahl insbesondere auch die Volksschülerzahl in den einzelnen Gemeinden, da die Unterhaltung der Volksschulen zu den unvermeidlichen und erheblichen Gemeindeausgaben gehört und die Höhe dieser Ausgabenverpflichtung in gar keiner Beziehung zur Steuerkraft der einzelnen Gemeinde steht. Im Gegenteil, je mehr in einer Gemeinde Kinder vorhanden sind, also je geringer die Zahl der erwerbstätigen Bevölkerung und dementsprechend in der Regel auch das Steueraufkommen in der Gemeinde ist, desto größer ist der Aufwand der Gemeinden für die Volksschulen. Nach Maßgabe der Volksschülerzahl soll künftig ein Fünftel der Gemeindeanteile an der Einkommen- und Körperschaftsteuer verteilt werden, nach der Einwohnerzahl statt seitlich zwei Drittel in Zukunft der gesamte Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer. Legt man das Aufkommen des Jahres 1929 zugrunde, so werden durch die Verteilung nach Maßgabe der Volksschülerzahl ungefähr 2,2 Millionen Reichsmark, durch die Verteilung nach Maßgabe der Einwohnerzahl rund 1,3 Mill. M. anderen Gemeinden als seitlich zugeteilt werden. In Höhe dieser Beträge soll also der sog. interkommunale Lastenausgleich zugunsten der Leistungsschwachen Gemeinden verbessert werden. Eine solche Maßnahme ist notwendig im Interesse der steuerlichen Gerechtigkeit, sie soll auch mit dazu dienen, den durch die steuerliche Überlastung mitbedingten Zug vom Land in die Stadt abzufschwächen.

Mit dieser anderen Zuteilung der Reichsteueranteile Hand in Hand geht die im 2. Teil des Gesetzentwurfs vorgesehene andere Verteilung der Amtskörperschaftsumlage, von der künftig 20 Proz. statt 10 Proz. nach Maßgabe der Bevölkerungszahl, 30 Proz. statt 40 Proz. nach Maßgabe der Anteile an der Einkommen- und Körperschaftsteuer ausgeteilt werden sollen. Diese Änderung kommt insbesondere den kleinen Landstädten ohne nennenswerte Industrie zugute und bewirkt, daß vielen dieser Landstädte im ganzen aus den vorgeschlagenen Gesetzesänderungen eine Mehrerhebung zufließt. Ferner wird durch diese Änderung in der Austeilung der Amtskörperschaftsumlage in der Hauptsache auch der Mißstand verschwinden, daß Hunderte von Gemeinden auf Grund ihrer Beteiligungen am Einkommen- und Körperschaftsteueraufkommen mehr Beiträge an die Amtskörperschaft zahlen mußten, als ihnen auf Grund ihrer Beteiligung am Ertrag der genannten Reichsteuern an Einnahmen zuzam.

Aus Württemberg

Amliches Ergebnis des Volksbegehrens „Freiheitsgesetz“.
Stuttg., 6. Jan. In der öffentlichen Sitzung des Abstimmungsausschusses wurde vom Abteilungsleiter, Ministerialrat Kieser, das amtliche Ergebnis im Stimmkreis 31 über den Volksentscheid „Freiheitsgesetz“ bekanntgegeben. Darnach ist das endgültige Ergebnis folgendes:

Stimmberechtigte	1748 879	(wohl. Ergebn. 1747 934)
Stimmschein	1849	(2001)
Ungültige Stimmen	1535	(1530)
Gültige Stimmen	207 841	(207 837)
Ja-Stimmen	202 507	(202 504)
Nein-Stimmen	5 334	(5 333)

Parteitag der Deutsch-Demokratischen Partei Württemberg.
Am Dreikönigstag fand in Stuttgart nach altem Herkommen im Festsaal der Viederhalle die jährliche Hauptversammlung der Deutsch-Demokratischen Partei Württemberg statt, die außerordentlich stark besucht war. Landtagsabgeordneter Dr. Brudmann wurde als Vorsitzender der Landespartei neu bestätigt. Der Vorsitzende Brudmann gab einen kurzen allgemeinen Überblick über die politische Lage Württemberg. Ueber die Stellung und Aufgaben der Frauen im politischen Leben sprach Frau Regierungsrat Dr. Ulich-Paß, Dresden. Als dritter Redner erschien der bekannte volkswirtschaftliche Führer Dr. Gustav Stolper am Rednerpult und sprach über die Aufgaben der Gesellschaftsordnung. Mit einer kurzen Schlußbetrachtung des Vorsitzenden wurde der Parteitag geschlossen, worauf sich alle Teilnehmer erhoben und das Deutschlandlied sangen.

Geld-, Volks- und Landwirtschaft

100 holl. Gulden	169,16
100 franz. Franken	16,49
100 schweiz. Franken	81,34

Börsenbericht.

Stuttg., 6. Jan. Die Börse lag am Wochenende lustlos bei leicht nachgebenden Kursen.

Stuttgarter Obst- und Gemüsemarkt vom 4. Januar.
Zafeläpfel 10-18; Tafelbirnen 14-20; Walnüsse 35-50; Kartoffeln 2,7-3,2; Endiviasalat 6-18; Wirsing (Röhrlkraut) 6-8; Silberkraut 6-7; Weißkraut, rund 7-8; Rotkraut 10 bis 12; Blumenkohl 1 Stück 20-70; Rosenkohl 15-25; dito 20-25; Grünkohl 10-12; rote Rüben 6-8; gelbe Rüben 6 bis 6; Karotten, runde, 1 Bund 20-25; Zwiebeln 6-8; Rettiche 5-10; Monatsrettiche 1 Bund 15-20.



Die Abreise der deutschen Delegation nach dem Haag

Unser Bild zeigt die Hauptdelegierten am Bahnhof Friedrichstraße zu Berlin. Von links nach rechts: Reichsfinanzminister Prof. Moldenhauer, Reichswirtschaftsminister Schmidt, Minister für die besetzten Gebiete Wirth, Reichsaußenminister Curtius und Staatssekretär v. Schubert

Die amerikanisch-chinesischen Beziehungen

U. London, 6. Januar. Wie aus Washington gemeldet wird, erklärte Staatssekretär Stimson, Amerika nehme in der Frage der Exterritorialität in China die gleiche Haltung ein, wie Großbritannien (bekanntlich hat sich England mit der schrittweisen Aufhebung der Exterritorialitätsrechte in China in einer an die chinesische Regierung gerichteten Note einverstanden erklärt). Die Regierung der Vereinigten Staaten sei davon unterrichtet, daß die chinesische Regierung trotz ihrer kürzlichen Ankündigung keine praktischen Maßnahmen für die Abschaffung der Exterritorialitätsrechte ergreifen habe oder zu ergreifen gedenke. Später würden Besprechungen mit China über die weiteren Maßnahmen in der ganzen Frage erfolgen.

Polizeiliche Schließung der Telegraphen-Agentur Cowen in Peking.

Die chinesische Polizei hat in Peking die Telegraphen-Agentur Cowen geschlossen, die bekanntlich ihren Sitz seit einigen Jahren in Peking hatte und stets gut über die innen- und außenpolitischen Verhältnisse in China unterrichtet war. Der Hauptschriftleiter der Agentur ist verhaftet worden.

Verstärkter Anstieg der Arbeitslosigkeit

U. Berlin, 6. Januar. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung hat in der ersten Dezemberhälfte eine verstärkte Zunahme — nämlich um 23 000 Personen oder fast 20 v. H. erfahren. Am 15. Dezember wurden somit rund 1,4 Millionen Personen in der Arbeitslosenversicherung unterstützt, davon rund 1,1 Millionen Männer und rund 300 000 Frauen. In der Krisenunterstützung befanden sich Mitte Dezember 194 000 Personen. Die Zunahme gegenüber dem letzten Stichtag (30. November) belief sich auf 4 v. H.

Schutzimpfungen im Lager Hammerstein

U. Berlin, 6. Januar. Berliner Blätter berichten aus Hammerstein: Nachdem im Laufe des Freitags noch einige Kinder im Lager Hammerstein der Streptokokkenfieber erlegen sind, wird an maßgebender Stelle angenommen, daß die Seuche jetzt gebannt ist. Bis Freitagabend waren 52 Kinder seit Auftreten der Krankheit in den Weihnachtstagen gestorben. Man hofft, daß von den noch kranken 40 Kindern der größte Teil mit dem Leben davonkommt. Auf Anraten des Berliner leitenden Arztes am Virchow-Krankenhaus, Prof. Friedemann, wurden am Freitag Schutzimpfungen an den Kindern vorgenommen, worauf im Zustand vieler Kinder eine Besserung eintrat. Zweifellos sind die Krankheitskeime, die die schwere Epidemie verursacht haben, aus Rußland eingeschleppt worden.

Trotzdem feststeht, daß von deutscher Seite alles getan worden ist, um den Deutschen zu helfen, wird sich zu nochmaliger Untersuchung der Krankheit am Samstag eine Kommission nach Hammerstein begeben, die aus dem itellv. Reichskommissar für die Deutschrußlandhilfe Dr. Straube, dem Direktor des Reichsgesundheitsamts Dr. Frey und einem bekannten Bakteriologen besteht. Die Besetzung der getroffenen Kinder erfolgte auf einem besonderen Fluchtlingsfriedhof. Es spielten sich dabei ergreifende Szenen ab.

Württ. Landtag

Wiederzusammentritt des Landtags.

Der Landtag nimmt, wie jetzt auch amtlich gemeldet wird, am Dienstag, 14. Januar, nachmittags 4 Uhr, seine Sitzungen wieder auf. Auf der Tagesordnung stehen drei kleine Anfragen, die Große sog. Anfrage betr. den Abschluß von Verträgen zwischen dem Zement Syndikat und Landwirten, die Große Anfrage betr. Pfandbriefauswertung, sowie der Etat in Verbindung mit dem Gesetzentwurf eines Änderungsgesetzes zur Landessteuerordnung und zum Gemeindesteuergesetz, und den Großen sog. Anfragen betr. Mitwirkung des Staats bei der Gestaltung der Verkehrsverbindungen in der Umgebung von Stuttgart und mit der Landesuniversität Tübingen, und betr. Stellung der Württ. Regierung zum Youngplan. Der Plenarsitzung gehen eine Sitzung des Ältestenrats und Fraktionsitzungen voraus.

Die Hauptzahlen des Staatshaushaltsplans für 1930.

Der Entwurf des Staatshaushaltsplans für 1930 weist folgende Abschlußzahlen auf: Es erfordern Landtag 713 540, Staatsministerium usw. 627 130, Justizverwaltung 15 495 150, Innenverwaltung 39 972 230, Kultverwaltung 55 557 339, Finanzverwaltung 12 957 000, Wirtschaftsverwaltung 9 464 800, Staatsschuld, Renten, Zinsen und Entschädigungen 1 627 700, Verordnungen und Unterstellungen 23 667 000, Notstandshilfen 203 000, Allgemeiner Verfügungsbetrag 100 000, zusammen 1 60 381 889 M. Dagegen ertragen Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer 20 850 000, Gebäudeeinkommensteuer 9 400 000, Sporteln und Gerichtskosten 8 100 000, Zuschlag zur Reichsgrundsteuer 1 700 000, Einnahmen aus Reichsteuern 89 793 000, Steuerstrafen 100, zusammen 129 843 100 Reichsmark. Ferner erbringen die Domänen 1 800 000, Forsten 11 680 400, Berg- und Hüttenwerke 45 000, Salinen 150 000, Bad Wildbad 10 000, Münze 67 000, Regierungsblatt 15 000, Staatslotterie 900 000, verschiedene Einnahmen bei der Staatshauptkasse unmittelbar 1 475 000, auf. 16 241 400 Reichsmark. Im Außerordentlichen Dienst betragen Ausgaben und Einnahmen je 4 700 447 M. Ungedeckt bleiben 9 506 942 M.

Weihnacht

In der Weihnachtsfeier... der Stadt... immer ein... konnten... anstaltun... erwartun... eröffnete... Ansprach... glieder... Bundes... die Ver... Offizier... beschäde... derverein... men und... Grenvor... Reichman... Weihnach... Fest, das... unter den... sonst in... ter Faber... seine Fri... Verbunde... schen Kan... follen Hel... Wochen a... gerade in... der Liebe... weist; da... dessen in... auf die B... ren Kam... durch; da... Kind der... Bezirksob... fenswerte... Staates t... chaft! K... gegenfeit... chaft und... den Dpse... Deutschlan... jab. We... ter Wahl... mit stark... feiltelne... Teil des... gramms... res Verei... kritten... ers und... ammelten... und ein... mußten w... kann noch... Keller i... sprach über... über d... Hund hat... men und... keine befo... ten Organ... Jugend... über 600... ten sind ü... ring in f... Lu-gaben... in und n... ten, welsch... oeleranen... Der Stan... leben ger... chlicher... Bezirks... 1/4 Millio... nungssäh... Vaterlan... Jahr der... halmittig... an den sta... ner Rede... gender Kl... über die... Land aus... eine wohl... Aufspieß... kten Des... ten Leitun... son war... welche fre... and P. G... Schad, C... entledigter... können u... lende Spi... füllen. N... nische Na... liches gel... der Auffü... steller beg... ten erst u... liche reich... genommen... fen an all

Aus Stadt und Land

Calw, den 7. Januar 1930.

Weihnachtsfeier des Veteranen- und Militärvereins Calw.

In den Sälen des Bad. Hofes beging am letzten Sonntag der Veteranen- und Militärverein Calw seine Weihnachtsfeier. Er ist mit über 400 Mitgliedern der größte Verein der Stadt und seinen Festen kommt im geselligen Leben immer eine besondere Bedeutung zu. Die geräumigen Säle konnten schon vor Beginn der vorzüglich vorbereiteten Veranstaltung die Zahl der Besucher kaum fassen, welche froh und erwartungsvoll gestimmt waren. Vorstand Reichmann eröffnete mit einer wohlbedachten und tiefempfundenen Ansprache den Abend. Einleitend hieß er die Vereinsmitglieder, den Vertreter des Präsidiums des Württ. Kriegerbundes, Dekan a. D. Zeller, Bezirksobmann Kühle, die Vertreter der staatlichen und städtischen Behörden, des Offiziersbundes, des Reit- und Fahrvereins, des Kleinfahrer-Vereins, nicht zuletzt auch die Kameraden des Brudervereins, des Veteranenvereins 1870-1914 Calw, willkommen und gedachte in herzlichen Worten des abwesenden Ehrenvorstandes Schnauffer. Dann zeigte Vorstand Reichmann die Bedeutung des Weihnachtsfestes und der Weihnachtsbotschaft in der Welt auf. Weihnachten sei das Fest, das alle Deutschen der ganzen Welt zur gleichen Stunde unter dem Nichtenbaum eine und ein Wunder vollbringe, so wie in deutschen Landen nicht anzutreffen sei. Wie ein roter Faden gehe durch die Geschichte des deutschen Soldaten seine Frömmigkeit, sein Gange, mit seinem Gott in tiefer Verbundenheit zu leben, das habe das Gesicht des toten deutschen Kämpfers auf dem Schlachtfeld erneut bewiesen. Den toten Helden, deren Andenken der Verein erst vor wenigen Wochen am Heimatgrab geehrt und zu deren Ichtter Ruhestätte gerade in der Weihnachtszeit viele Gedanken der Trauer und der Liebe wandern, wurde darauf ein stilles Gedenken geweiht; das Lied vom guten Kameraden erklang währenddessen in gedämpfter Trauerweise. Danach ging der Vorstand auf die Frage ein, wie wir das Andenken an unsere gefallenen Kameraden am besten pflegen. Dies geschieht dadurch, daß wir unser Versprechen einlösen, für Witze und Kind der Toten zu sorgen. Die freiwillige Fürsorge, in der Bezirksobmann Kühle bereits in so vorbildlicher und dankenswerter Weise tätig sei, müsse neben die Fürsorge des Staates treten. Eintreten für einander: das ist Kameradschaft! Lehren wir doch aus dem Parteigezänk und den gegenseitigen Anfeindungen aller Art zurück zur Kameradschaft und Vaterlandsliebe von 1914, zu jenem Geist glühenden Opferfinns an Gut und Leben, welche dem Vaterland, Deutschland über alles erst den rechten Sinn gab. Mehr Vaterlandsliebe, mehr Opferfinns möge darum der Wahlspruch für das neue Vereinsjahr sein. Nach dieser mit starkem Beifall aufgenommenen Rede wurde von den Festteilnehmern das Deutschlandlied gesungen. Der erste Teil des sich nunmehr in rascher Folge abwickelnden Programms wurde von der Stadtkapelle und dem Männerchor des Vereins unter Leitung von Musikdirektor Frank bekräftigt. Schmiedige Märsche, Musikstücke klassischen Charakters und klangvolle Chordarbietungen unterstellten die Versammelten aufs Beste. Besonders Pastors „Heimatbröselchen“ und ein Kylophonos fanden außerordentlichen Beifall und mußten wiederholt werden. Im Verlauf des Abends nahmen dann noch Bezirksobmann Kühle und Präsidialmitglied Zeller das Wort zu längeren Reden. Der Bezirksobmann sprach über die fernere Lebensberechtigung und -fähigkeit des seit über 50 Jahren bestehenden Württ. Kriegerbundes. Der Kund hat eine Umstellung seiner Organisation vorgenommen und sieht neben der Weiterpflege der alten Traditionen eine besondere Aufgabe gemeinsam mit anderen gleichgesinnten Organisationen in dem Werben um die heranwachsende Jugend. Den 1653 Vereinen des Bundes sind heute bereits über 600 Jugendabteilungen angegliedert, von 17 000 Schülern sind über 6000 ungediente Leute. Bezirksobmann Kühle ging in seinen weiteren Ausführungen besonders auf die Aufgaben und Leistungen des Bundes auf sozialem Gebiet ein und nahm hierbei Gelegenheit, allen Spendern zu danken, welche es ihm ermöglicht hätten, zu Weihnachten 127 Alt- und Kriegerhinterbliebenen mit Gaben zu bedenken. Der Stand der — bekanntlich von Herrn Kühle selbst ins Leben gerufenen — Bezirkskriegerhilfe Calw ist ein sehr beachtlicher; ihr Fonds hat 7030 RM. bereits überschritten. Die Bezirksobmann Kühle ausführte, ist der Bund dank seines 1/4 Millionen überschreitenden Vermögens weitans am leistungsfähigsten unter allen Organisationen ähnlicher Art, Vaterlandsliebe und Kameradentreue werde auch im neuen Jahr der Wahlspruch des Württ. Kriegerbundes sein. Präsidialmitglied Zeller stellte den unwiderstehlichen Glauben an den starken Ton deutscher Treue in den Mittelpunkt seiner Rede, die nach Mahnungen zu Mannesmut und fürsorgender Liebe in der festen Zuversicht an die Wiederkehr der über die dunkeln Schatten steigenden Sonne in deutschem Land ausklang. Den zweiten Teil des Abends nahm sodann eine wohlgelungene Aufführung des fünfaktigen historischen Lustspiels „Die Anna-Liese“, die Jugendliebe des Alten Dessauer behandelnd, in Anspruch. Unter der geschickten Leitung der Herren E. Hennemann und Michelson war eine Spielleistung und Wirkung erzielt worden, welche freudigsten Beifall fand. Die Damen E. Polster und P. Günther sowie die Herren H. Ballmann, J. Schab, E. Hennemann, J. Michelson und H. Stoll entledigten sich ihrer recht schwierigen Aufgaben mit bestem Können und verstanden es, die in das 17. Jahrhundert fallende Spielhandlung mit zeitgemäßem Geist und Stil zu erfüllen. Besondere Anerkennung verdient der prächtige szenische Rahmen; der Bühnenbildner hatte hier ganz Vortreffliches geleistet. Vorstand Reichmann durfte am Schluß der Aufführung unter nicht endenwollendem Beifall die Darsteller beglückwünschen und sie durch kleine Aufmerksamkeiten erfreuen. Dann brachte der Schluß der Feier die übliche reichbedachte Gabenverlosung und eine mit Freude aufgenommene Tanzunterhaltung. Mit herzlichen Dankesworten an alle, die zum Gelingen der Veranstaltung beitrugen,

beschloß der Vereinsvorstand nach Ablauf des Programms den Abend, dessen schöner Verlauf bei allen Teilnehmern das Gefühl des Dankes und der Befriedigung hinterließ. Der Veteranen- und Militärverein kann mit Genugtuung auf seine Weihnachtsfeier zurückblicken; sich den letzten Veranstaltungen ebenbürtig anschließend, hat sie aufs neue den hohen Stand des Vereins dargetan.

Die Schneeverhältnisse im Schwarzwald.

Im Freudenstadt, 6. Jan. Am Wochenende konnte die milde Witterung sich noch immer behaupten. Unter dem Einfluß südwestlicher lauer Winde ist das Schwarzwaldgebirge bis auf 800 m herauf schneefrei geworden. Darüber liegt noch Schnee, meist in geschlossener Form, jedoch von mäßiger Beschaffenheit. Eine Skibahn besteht erst oberhalb 1000-1100 m. Die Kammschneehöhen zeigen Verwehungen und schneefreie Stellen, in den geschützten Waldlagen liegt bis zu 25 cm leicht verharzter, aber zum Skilauf brauchbarer Schnee. Vom Feldberg werden 60 cm gemeldet. Der nördliche Hochschwarzwald bietet in seinem lichten, blinkenden Schneegewande und vor allem ob den über und über verschneiten Hochforsten einen prächtigen Anblick.

Wetter für Mittwoch und Donnerstag.

Ueber dem Kontinent liegt ein schwacher Hochdruck, während die nördliche Depressionsstätigkeit fortbesteht. Unter diesen Umständen ist für Mittwoch und Donnerstag wechselnd bewölkt, aber vorwiegend trockenes Wetter zu erwarten.

Birkenfeld, 6. Jan. Während der Weihnachtsferien, die verlängert werden mußten, hatten die hiesigen Handwerksleute im alten Schulhause Hochbetrieb. An Stelle der im dritten Stock gelegenen schönen Lehrerwohnungen wurden vier geräumige Schuläle eingebaut, die allen Anforderungen entsprechen dürften. Im Erdgeschoß wurde sodann eine Hauswirtschaftsküche für die Hauswirtschaftslehrerin und den Hauswirtschaftsunterricht eingerichtet. Da außer dem Hauswirtschaftsunterricht in den letzten Jahren auch der Werkunterricht und das achte Schuljahr eingeführt wurden, so dürften die hiesigen Schulverhältnisse vorbildlich genannt werden. Mit den nun vorhandenen 15 Schulälen in den beiden Schulhäusern, von denen zunächst 13 in Gebrauch kommen, dürfte auf längere Zeit hinaus die Raumfrage in befriedigender Weise gelöst sein.

Im Enzweihngen, 6. Jan. Der hier wohnende, bei der Bahn in Mühlacker beschäftigte Herrmann Bacher wurde, von seiner Arbeit heimkehrend, auf dem Weg vom hiesigen Bahnhof nach dem Ort von einem Stuttgarter Personenzug überfahren und etwa 10 Meter weit geschleift. Er soll durch den auf dem Kühler angebrachten Adler eine schwere Schädelverletzung erlitten haben, die den sofortigen Tod des Bedauernswerten zur Folge hatte. Bacher, der 42 Jahre alt ist, hinterläßt eine Frau und sechs Kinder.

St. Heutlingen, 6. Januar. Abends fuhr der verheiratete Kohlenhändler Emil Spanagel mit seiner neuen Wandererlimousine von Heutlingen nach seinem Wohnort Pfullingen. Etwa 150 Meter vor Pfullingen begegnete ihm ein Motorradfahrer (mit V-fahrer). Die beiden Fahrzeuge prallten aufeinander, und zwar so, daß der Beifahrer des Motorrades auf das Strahlenbügelsystem geschleudert wurde, während die Zweiradmaschine und ihr Fahrer unter das Auto zu liegen kamen und noch etwa 75 Meter weit von dem weiterfahrenden Kraftwagen mitgeschleift wurden. Als der Kraftwagen zum Stillstand gekommen war, bemerkten die Umstehenden das unter ihm liegende schwer demolierte Motorrad. Beim Hervorziehen entdeckte man erst, daß auch noch ein zerstückter Menschenschwanz zwischen den Achsen hing. Es handelt sich um den etwa 20 Jahre alten Volontär Edwin B., einen Lehrersohn von Reichenbach, der bei der Fa. Wendler, Pfullingen, in Arbeit stand. Sein 18 Jahre alter Beifahrer Rudolf Jordan von Heutlingen, Lehrling in der gleichen Firma, trug einen komplizierten Unterschenkelbruch davon.

Eingefandt

Für die unter dieser Rubrik gebrachten Veröffentlichungen übernimmt die Schriftleitung nur die präziseste Verantwortung.

5 Wünsche an 5 Aemter.

Calw ist keine Großstadt, das hat noch niemand behauptet. Aber in der Großstadt wird doch manches so gehalten, wie man es ohne Schaden auch in Calw halten könnte. Beispielsweise werden in der Großstadt Buddel- und Grabarbeiten, die den Verkehr behindern könnten, bei Nacht ausgeführt. Ob diese Grabarbeiten nun vom Wasserwerk, vom Elektrizitätswerk, vom Gaswerk, von der Straßenbahn oder vom Telegraphenam ausgehen, jedes Amt hält sich an diese Regel, den Verkehr nicht unnötig zu hemmen. Das Telegraphenbauamt Tübingen hatte nun hier am Beginn der Bishoffstraße, zwischen Postamt und Rathaus Reichert einen großen Graben quer über die ganze Straße gezogen und große Wälle aufgeworfen. Es war nur ein schmaler Engpaß, direkt neben der Treppe zur Post für die Durchfahrt freigelassen und alle Automobile und Fahrzeuge mußten hier aufs Pflaster fahren und an der Treppe vorbeiklankern. Das geht halbwegs an, wenn die Straße leer ist. Wenn aber 2 gelbe Automobile der Post dastehen und Post ausladen und ein schwerer 2-Wagen-Vaßzug herbeikommt, z. B. derjenige der Brunnenverwaltung Feinach oder ein Langholzwagen, und auch noch verschiedene Personen zur Post wollen oder die Post verlassen wollen, so entsteht eine Verkehrsstopplung unger Art und es muß rangiert werden wie auf dem Verladebahnhof. Nun meinen aber verschiedene Leute, die wohl seinerzeit Schwäbengräben ausgehoben haben, aber doch in der höheren Mathematik des Baues von Kabelleitungen Valen sind, obwohl sie schon oft in anderen Städten gesehen haben, wie es andere „Straßenentbauämter“ machen, daß man die Sache ein bißchen praktischer hätte machen können. Nämlich, daß man die Grab- und Kabelarbeiten auf der kurzen Strecke über die

Straße in starkem Maße beeilt, beschleunigt und forcierter hätte, etwa durch vermehrte Einsatz von Arbeitskräften, etwa durch Ueberzeitarbeit, etwa durch Schichtarbeit, etwa durch Nachtarbeit oder auf sonst eine Weise. Dann wäre der in der einzigen Nagoldtalstraße doch sehr große Verkehr nicht so stark behindert worden. — Wenn man ein paar Mal am Tag vorbeikommt und der Graberei eine Weile zusah, gewann man den starken Eindruck, daß bei einigem guten Willen der Bau des kleinen Stückes über die Straße sich gut hätte beschleunigen lassen. —

Nach Schluß der Arbeit fehlen bedauerlicherweise die weißroten Warnungstafeln für den Verkehr und ein eventueller Weiser für die Umfahrt.

Auch die Beleuchtung durch Bau-Laternen läßt sehr zu wünschen übrig. Die Straßenlaternen brennen und erhellten die Straße ja nur bis 12 Uhr. Das Schicksal der Stadt Zuffenhausen sei hier ein warnendes Beispiel. Dort fuhr ein Ingenieur mit seinem Motorrad in einen nichtbeleuchteten und nichtabgeschränkten Graben, der mitten über die Straße führte, verletzte sich schwer, so daß er wohl zeitweilig arbeitsunfähig ist, und wird der Stadt Zuffenhausen eine ordentliche Entschädigungsforderung präsentieren. —

Also bitte: Arbeitsbeschleunigung bei Straßenstücken, Warnungstafeln, bessere Beleuchtung!

2. Die Post hat am Postamt „Briefmarkengeber“ aufgestellt, zu deutsch Automaten. Wo? Daß man nach Schluß der Post noch Marken herauslassen kann. Es findet die Post aber für unnötig. Denn 2 Automaten sind nachgewiesenermaßen seit 4 Tagen leer, wohlverstanden nicht über die Weihnachtsfeiertage, sondern nachher. Es war sehr lustig zu beobachten, wie an Sylvester und an Neujahr die Leute mit Karten, Marken und Briefen daher kamen und der Post und ihren leeren Automaten zum Neujahr alles wünschten, nur nichts gutes.

Wir schlagen vor, einen Arbeitslosen zur Füllung der Automaten anzustellen. Gegen 20 Prozent der Bruttoeinnahme. Sie werden immer gefüllt sein! Die Adresse des Arbeitsamtes wird auf Anfrage gerne mitgeteilt. Und noch etwas! Die Briefschreiber in der Post wissen grundsätzlich nie, „der wievielte“ ist. Darum wird die Post gebeten, im Schalterraum einen Kalender aufzuhängen. Der erwähnte Arbeitslose kann auch diesen Kalender jeden Tag abreißen.

3. Die Reichspost fährt in den Zügen Postwagen mit. Man möge laufen nur Werktag, so daß auf dem Bahnhof an der Emalle-Abfahrtsfel diese Züge mit einem kleinen Postbörchen und einem blauen W bezeichnet sind. Das ist sehr löblich. Wann aber die Frau Entenmayer am Sonntag vom hohen Schwarzwald herunterkommt und z. B. abends mit dem 8-Uhrzug nach Weiberstadt fahren will, und sieht dieses W an der Abfahrtsfel vor ihrem Zug stehen, so glaubt sie, daß der Zug nur werktags fährt, kriegt den großen Schrecken und dreht schweren Herzens wieder um. Und wer trägt die Schuld? ... Bloß das blaue W! — Und der Herr R. mand, der es hingemacht hat. Diesem Herrn Niemand, der wahrscheinlich eine Etenbühnenmüße trägt, empfehlen wir, dieses blaue W um drei Zentimeter weiter nach links zu versetzen und ein kleines, weißes, leeres Ema leplättchen zwischen das W und die Abfahrtsziffern einzufachalten oder dem Publikum die Sache auf eine andere Art plausibel zu machen, daß dieses W = Werktag nur für den Postwagen gilt und der Zug auch Sonntags fährt.

4. Das Stadtschultheißenamt Calw hat an seinem Ausfängekasten unten am Rathaus gerade keines der so gern studierten Aufgebote angeschängt, dafür aber eine andere interessante Neuigkeit. Nämlich, daß das Steigenlassen von Drachen gefährlich sei, weil sie mit Starkstromleitungen in Verbindung kommen könnten. Auch das ist löblich. Aber wir möchten im Namen der vereinigten Bubenschar zu Calw im Nagoldtal untertänigst dem hochwohlwollenden Stadtschultheißenamt mitteilen, daß das Steigenlassen von Drachen erst wieder ab August oder September 1930 in Frage kommt.

5. Der echte Bürger hat ja immer eine Uhrkette über seinem Bauche hängeln. Es gibt aber eine Menge anderer Leute, die in Ermangelung eines Bauges keine Uhrkette samt Uhr besitzen und darum nach der Kirchenguhr sich richten, so wie es die ganze Jugend macht. Diese Leute können aber die Zeit auf der Uhr nicht ablesen, weil die einstmals „goldene“ Schrift verblaßt und blind geworden ist. Gerade diese Leute bitten, die Ziffern wieder einmal aufzufrischen und neu anzumalen, damit ein ordentlicher Christenmensch auch sieht, wie spät es ist. — Es wäre dies eine Tat praktischen Christentums! —

Ja, und noch etwas. Wenn die Kirchturmziffern ihren keineswegs hochkünstlerischen Charakter behalten, ist recht. Wenn aber auch die Seele und der Charakter der Ziffern erneuert wird, so bitten wir um Gottes Willen, die wohl von einem Künstler herrührenden, aber in ihrer Art ganz und gar unästhetisch wirkenden Ziffern der Sonnenuhr und der Rathausbeschriftung nicht zu verwenden. Diese groben, ungeschlachten und brutalen Ziffern befriedigen weder den Vertreter des Jugendstils, noch den Symbol- oder Expressionisten, noch den Vertreter der „neuen Sachlichkeit“, der nur „Grottesk“-Ziffern kennt. Sie sind auch kein guter und künstlerisch einwandfreier Ausdruck derben und urchimlichen Bauentums, ne n, sie sind grob, ungelent und brutal, und dazu noch (im Gegensatz zu Barlach!) unschön. Also bitte die alten Ziffern lassen, oder meinetwegen gute neue, handwerklich einwandfreie Ziffern von einem guten Meister des Handwerks anbringen lassen, aber bitte nur von einem Meister, dessen Horizont, was die Stille der Ziffern anbetrifft, nicht mit dem Galgenberg aufhört. Ziffern einer öffentlichen Uhr müssen gut lesbar und sichtbar sein, dürfen auch (müssen nicht!) schön und künstlerisch sein, dürfen aber keineswegs ein kunstverträgliches Auge beleidigen. Man könnte vielleicht die Ziffern der gotischen Sapp-Praktur verwenden, aber es gibt auch noch andere brauchbare Ziffern. Neuschlichte Ziffern aber passen nicht auf den Kirchturm. Die Hauptsache aber bleibt, daß man die Kirchturmziffern auch sieht! —

Also bitte ...

